

Dr. Uschi Eid
Parlamentarische Staatssekretärin
im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung

Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Telefon (0228) 535 -3331/3332
Telefax (0228) 535 -3335

Dienstsitz Berlin
Europahaus, Stresemannstr. 94
10963 Berlin
Telefon (030) 2503 - 2331/2332
Telefax (030) 2503 - 2575

PST

Berlin, den 7. Juni 2001

Betr.: Gemeinsame Öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 18. Juni 2001 zum Thema „Wasser – Ein weltweit immer knapper werdendes Gut“

- Vortragsbegleitende Hintergrundinformationen -

Ziele und Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ)

im Wassersektor

Anlagen:

- *newsletter* der Internationalen Wasserkonferenz, Bonn 2001, n° 1
- Hinweis auf BMZ- Materialheft „Wasser – Konflikte lösen, Zukunft gestalten“

Ziele und Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Wassersektor

Inhalt

1.	Die Wassersituation in Partnerländern	Seite 1
2.	Entwicklungspolitische Grundsätze und Prioritäten im Wassersektor	Seite 3
3.	Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und aktuelle Vorhaben	Seite 5
3.1	Bilaterale Aktivitäten	Seite 5
3.1.1	Sektorreformen in Partnerländern	Seite 5
3.1.2	Beteiligung der deutschen Wasserwirtschaft	Seite 6
3.2	Beeinflussung internationaler Ansätze und Konzepte im Wassersektor	Seite 7
3.2.1	Internationale Wasserkonferenz in Deutschland, 3.-7. Dezember 2001	Seite 8
3.2.2	Konfliktprävention an grenzüberschreitenden Gewässern	Seite 9
3.2.3	Die Frage der Staudämme: World Commission on Dams (WCD)	Seite 10

1. Die Wassersituation in Partnerländern

- **Die Ressourcen sind begrenzt und regional ungleich verteilt**

Nur etwa 0,014% des weltweit vorhandenen Wassers ist als Trinkwasser oder für Bewässerung nutzbar. Mehr als 30 Länder sind schon von akuter Wasserknappheit bedroht und entnehmen bereits heute mehr Wasser als in Flüssen oder in Form von Grundwasser langfristig verfügbar ist. Dabei ist die regionale Verteilung extrem ungleich und dort, wo Wasser Mangelware ist, birgt es ein erhebliches Konfliktpotential. In anderen Regionen der Welt, z.B. in Westeuropa, herrscht kein Wassermangel.

- **Mit Bevölkerungswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung steigt die Nachfrage**

Die Weltbevölkerung wächst bis 2025 auf 8,5 Milliarden; damit benötigen mehr Menschen Trinkwasser. Zudem werden 2025 über 50% der Bevölkerung in den Städten leben. In Städten erreicht der Pro-Kopf-Verbrauch rasch das Niveau der Industrieländer, wenn die Menschen über Hausanschlüsse verfügen und einen Ressourcenintensiven Lebensstandard erreichen. Damit steigt der Anspruch an Wasserqualität und –verfügbarkeit.

- **Verbrauch und Verschmutzung reduzieren das Angebot**

Steigender Wasserverbrauch ist die eine, zunehmende Wasserverschmutzung die andere Seite derselben Medaille. Industrielle und häusliche Abwässer, die oft ungeklärt direkt in die Natur "entsorgt" werden, schadstoffhaltiges Sickerwasser "wilder" Müllhalden und ein häufig unsachgemäßer Pestizid- und Düngemittleinsatz beeinträchtigen Oberflächen- und Grundwasser. Gleichfalls problematisch ist der Anstieg von Salzkonzentrationen, die u.a. dann auftreten, wenn in küstennahen Gebieten das Grundwasser stark beansprucht wird und schließlich Salzwasser in die Süßwasserschichten eindringt.

- **Die Bewässerungslandwirtschaft ist der größte Wasserverbraucher**

Viele Länder haben ihre wasserintensive Bewässerungslandwirtschaft in erheblichem Umfang ausgebaut, um damit Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung sowie Exportgüter zu produzieren. Dabei können große Wasserableitungen andere Verbraucher im eigenen Land oder anderer Staaten ernsthaft benachteiligen und Krisen verursachen.

In der Bewässerungslandwirtschaft werden oft deutlich weniger als 50 Prozent des Wassers wirklich genutzt. Mit durchschnittlich über 85 % der Wasserentnahme sind die landwirtschaftlichen Betriebe in Entwicklungsländern die weitaus größten Verbraucher der Wasservorräte. Allein die asiatischen Bäuerinnen und Bauern benötigen zur Bewässerung ihrer (Reis) Felder rund 40 % des weltweit jährlich genutzten Wassers.

In Ländern wie Indien, China, Pakistan, Indonesien, Iran, Mexiko und der Türkei genießt die künstliche Bewässerung einen hohen wirtschaftspolitischen Stellenwert. In vielen Ländern wird nicht zwischen Selbstversorgung und der Nahrungsmittelbeschaffung auf dem Weltmarkt abgewogen, dadurch kann häufig kein Wasser von der landwirtschaftlichen Bewässerung für den menschlichen Grundbedarf und die Industrie freigesetzt werden.

- **Wasser für die Industrie – Wasserbedarf der Natur**

In den meisten Entwicklungsländern liegt der Anteil der Industrie am Wasserverbrauch bei derzeit noch 10 bis 30 Prozent, gegenüber 50 bis 70 Prozent in den Industrieländern. Jedoch ist mit einem erheblichen Anstieg und damit verbundenen ökologischen Schäden zu rechnen. Bisher spielt Gewässerschutz kaum eine Rolle. Landwirtschaft, Industrie und Trinkwasserversorgung haben Priorität. Feuchtgebiete schrumpfen, Seen und Flüsse werden übernutzt und die Wasserqualität lässt nach. In einigen Ländern wächst allerdings zunehmend die Erkenntnis, dass die Natur und auch Wasser als wirtschaftliche Ressource gesehen werden muss, zum Beispiel für den Tourismus.

- **Kaum Anreize zum Wassersparen und knappe finanzielle Mittel**

Obwohl Wasser knapp ist, wird es verschwendet, da es keine Anreize zum Sparen gibt. In vielen Ländern werden die Wasserpreise mit politischen Argumenten niedrig gehalten. Geldmangel, schlecht ausgebildetes Personal und mangelnde Wartung gehören zu den häufigsten Ursachen für eine unzureichende Wasserversorgung in den Entwicklungsländern. Nach WHO-Schätzungen sind rund 50 Prozent aller Einrichtungen in ländlichen Regionen nicht betriebsfähig. Auf dem Wege zum Verbraucher gehen ca. 40 Prozent des Trinkwassers verloren, in den Städten noch mehr.

- **Verteilungsprobleme: die Situation der Armen**

Mittlerweile ist nachgewiesen, dass der Großteil des billigen Wassers den Mittelschichten und den Reichen zu Gute kommt. Die Wasserbetriebe haben aber wegen des geringen Preises kein Geld zur Versorgung der Wohngebiete der Armen, zumal von dort kaum politischer Druck zu erwarten ist. Ambulante Wasserhändler übernehmen die Aufgaben der öffentlichen Wasserversorgung, jedoch können die ambulanten Händler in Qualität und Kosten nicht mit einem kommerziell geführten und effizient reguliertem Unternehmen konkurrieren. So bezahlen die Armen häufig die höchsten Wasserpreise.

- **Gesetzliche Rahmenbedingungen und Institutionen sind unzureichend**

Gerade weil Wasser wirtschaftlich, politisch und kulturell so wichtig ist, fällt es den Regierungen vieler Entwicklungsländer oft schwer, im Interessenkonflikt die richtigen Lösungen zu finden. Häufig gibt es weder klare politische Vorgaben noch geeignete Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Management der Wasserressourcen. Die zuständigen Stellen verfügen nur über geringe Kompetenzen und ihre Zuständigkeiten sind nur selten klar voneinander abgegrenzt. Eine integrierte, sektorübergreifende Planung von Vorhaben und Bewirtschaftung kann so nicht stattfinden.

Die Wasserverbraucher werden oft nicht oder aber zu spät an Planungen und Entscheidungen beteiligt. Die Wasserversorgung ist jedoch am ehesten nachhaltig, wenn die Verbraucher direkt über ihre Wasserinfrastruktur und die damit verbundenen Kosten vor Ort entscheiden.

2. Entwicklungspolitische Grundsätze und Prioritäten im Wassersektor

Die Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor kann eigene Anstrengungen der Partnerländer ergänzen, jedoch nie ersetzen. Entscheidend ist der politische Wille der Partner zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen. Es ist daher besonders wichtig, durch Politikdialog, Finanzielle und Technische Zusammenarbeit (FZ, TZ) auf die Rahmenbedingungen und die Verbesserung der institutionellen Leistungsfähigkeit einzuwirken. Hierbei lässt sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit insbesondere von folgenden **Grundsätzen** leiten:

- Wasser ist als knappes Wirtschaftsgut zu betrachten. Einerseits ist die Nachfrage über Gebühren zu steuern. Flankierend dazu ist die Senkung von Leitungsverlusten, Verbrauchsmessung, Kontrolle illegaler Entnahmen und nicht-fakturierter Verbräuche sowie Öffentlichkeitsarbeit nötig. Andererseits sind kostendeckende Tarife zur Sicherung der Nachhaltigkeit erforderlich - zum Schutz der Ärmsten müssen sozialverträgliche Lösungen Anwendung finden.
- Der Staat sollte sich auf die ordnungspolitische Gestaltung und die Rahmenplanung des Sektors beschränken. Die operative Wasserbewirtschaftung sollte möglichst dezentral erfolgen, wenn auch unter staatlicher Aufsicht. Dazu gehört auch, im Dialog mit allen Wassernutzern Instrumente zum Schutz der Wasserressourcen zu entwickeln.

- Die Wasserbewirtschaftung sollte in den Grenzen von Einzugsgebieten der Flüsse und Grundwasservorkommen erfolgen, nicht nach den üblichen Verwaltungsgrenzen. Bei Konflikten zwischen Ober- und Unterliegern sind Mechanismen zum Interessenausgleich zu schaffen (Flusskommissionen, Nutzungsabkommen etc.).
- Die Betreiber von Ver- und Entsorgungseinrichtungen müssen im gesetzlichen Rahmen Entscheidungsfreiheit in finanzieller und personeller Hinsicht genießen und ihren Eigentümern und Nutzern gegenüber verantwortlich sein (Kommerzialisierung des Betriebs). Dieses gilt für ländliche Nutzergruppen ebenso wie für privatwirtschaftliche oder genossenschaftliche Lösungen in den Städten.

Vor diesem Hintergrund setzt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) folgende Prioritäten:

- **Die EZ unterstützt die Partnerländer bei der Weiterentwicklung der öffentlichen Institutionen**, auch im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Unternehmensführung. Die EZ fördert eine Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor und berät öffentliche Institutionen in bezug auf ihre Regelungs- und Überwachungsfunktionen.
- **Die EZ fördert eine integrierte Sichtweise der Wasserbewirtschaftung**. Sie fördert Wasserprojekte in grenzüberschreitenden Einzugsgebieten, finanziert Vorhaben der integrierten Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie Projekte zur Grundwassererkundung und des Gewässerschutzes.
- **Die EZ engagiert sich angesichts der Umwelt- und Infrastrukturprobleme der Ballungszentren im Bereich der städtischen Ver- und Entsorgung**. Hierzu gehört die sichere und ausreichende Versorgung der Menschen mit Trinkwasser ebenso wie die Sammlung und Reinigung des anfallenden Abwassers.
- **Reparatur, Rehabilitierung und Effizienzsteigerung bestehender Ver- und Entsorgungssysteme haben Vorrang vor der Schaffung neuer Kapazitäten**.
- **Im ländlichen Bereich** liegt der Schwerpunkt in angepassten, dezentralen Ver- und Entsorgungssystemen über **Pump- und Zapfstellensysteme** sowie Latrinen, wobei Wasserverbraucher an der Investition und am Betrieb über **Selbstorganisationsformen** maßgeblich zu beteiligen sind.
- **In der Bewässerungslandwirtschaft liegt der Schwerpunkt in der Förderung effizienzsteigernder Rehabilitierungen bestehender Bewässerungssysteme und nutzerbetriebener Kleinbewässerungsanlagen**. Neben der Forderung nach kostenorientierten progressiven Wassertarifen sollen Aufklärungsmaßnahmen zum sparsameren Umgang mit Wasser durchgeführt und die Nutzergruppen beraten werden.

3. Maßnahmen der EZ und aktuelle Vorhaben

3.1 Bilaterale Aktivitäten

- **BMZ größter bilateraler Geber in Europa**

Seit einigen Jahren ist Deutschland weltweit der zweitgrößte bilaterale Geber im Wassersektor. Nur Japan weist höhere Zahlen auf. Laufende bilaterale Projekte und Programme im Wassersektor werden mit einem deutschen Beitrag von rund DM 8,0 Milliarden unterstützt.

Für die Vielzahl der bilateralen Projekte und Programme können folgende typische Beispiele gegeben werden:

Wasserressourcenpolitik und –Verwaltung:

Jemen: Aus- und Fortbildung von Personal der National Water- & Sewage Authority, (TZ; 1,5 Mio DM)

Wasserressourcenschutz:

Jordanien: Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten (TZ; 2,5 Mio. DM)

Wasserver- und Abwasserentsorgung:

Peru: Förderung der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in ausgewählten Gebieten (Kooperationsvorhaben: FZ; 15 Mio. DM sowie TZ; 4 Mio. DM)

Kamerun: Ländliche Wasserversorgung (FZ; 5 Mio.)

Flussentwicklung und Regulierung:

Ecuador: Management von Wassereinzugsgebieten (TZ; 2,5 Mio DM)

Abfallwirtschaft und Entsorgung:

Ägypten: Aufbereitung und Deponierung von industriellem Sondermüll (FZ; 30 Mio. DM) sowie Abfallwirtschaft Assuan (TZ; 3 Mio. DM)

3.1.1 Sektorreformen in Partnerländern

Häufig existiert kein gesetzlicher und institutioneller Rahmen, der eine realistische und umfassende Strategie für eine integrierte Wasserbewirtschaftung aufzeigt und die ökologische Tragfähigkeit hinreichend berücksichtigt. Unterschiedliche Wasserarten werden ebenso unterschiedlich behandelt wie die verschiedenen sektoralen Nutzungsformen. Die bestehenden Wassergesetze stellen häufig auf Eigentumsrechte an Wasserressourcen ab, nicht jedoch auf zeitlich begrenzte Wassernutzungsrechte in einem festgelegten Umfang. Damit besteht derzeit die Gefahr der Übernutzung vorhandener Ressourcen. Die EZ hat in letzter Zeit in einigen Ländern an der Entwicklung moderner Gesetze durch Beratung mitgearbeitet.

Angesichts erheblicher Versorgungs- und Funktionsmängel sowie knapper finanzieller Mittel ist die Übernahme der Wasserversorgung durch private Betreiber oft der einzige Weg die Wasserversorgung in Entwicklungsländern aufrecht zu erhalten oder zu erweitern. Das private Unternehmen bringt das notwendige Kapital und Wissen mit ein und auch im direkten Vergleich zu staatlichen Unternehmen produzieren die Privaten billiger: der Wettbewerb zwischen verschiedenen privaten Unternehmen um die Versorgungslizenzen zahlen sich für die Entwicklungsländer aus.

Ohne eine effiziente unabhängige Regulierungsbehörde kann das private Unternehmen seine Monopolstellung auf Kosten der Bevölkerung ausnutzen; sei es indem es den Versor-

gungspflichtigen nicht nachkommt oder überhöhte Tarife verlangt. Um dieses zu verhindern berät in vielen Fällen die EZ die Partner in Fragen der Regulierung.

Auch die Dezentralisierung bietet erhebliche Chancen: Vor Ort wird über Probleme und Prioritäten unter Beteiligung aller, insbesondere auch der Frauen, entschieden. Investitionsentscheidungen richten sich nach den regionalen Erfordernissen und der finanziellen Zahlungsbereitschaft der Nutzer. Das Ownership der Bevölkerung kann dadurch entsprechend gesteigert werden, eine Projektnachhaltigkeit lässt sich dadurch eher erreichen.

In **Sambia** setzt die deutsche EZ die Unterstützung der **Reform des Wassersektors** im Rahmen eines umfangreichen Kooperationsvorhabens fort. Durch erfolgreiche Koordination der verschiedenen Geber unter deutscher Leitung konnte mit Sambia eine stufenweise Reform vereinbart werden. Gestützt wird der Reformprozess durch TZ, die den Umbau der staatlichen Stellen zu einer funktionierenden Wasserwirtschaftsplanung einerseits und einer Aufsichtsbehörde für die kommerziellen Wasserversorgungsunternehmen andererseits begleitete. Flankierend und in Abhängigkeit von den Reformschritten wird mit FZ der Ausbau und die Rehabilitation städtischer Wasserinfrastruktur finanziert. Hinzu kommen umfangreiche Programme zur Verbesserung der ländlichen Wasserversorgung, auch in Kooperation mit lokalen NROs bzw. in Zusammenarbeit mit dem DED.

3.1.2 Beteiligung der deutschen Wasserwirtschaft

Im Zusammenhang mit betriebswirtschaftlicher Unternehmensführung und Privatisierung werden zunehmend Leistungen international ausgeschrieben. Bisher haben diese Ausschreibungen vor allem französische und britische Konsortien gewonnen, die Beratung, Lieferung von Anlagen, Finanzierung und das entsprechende Betreiber-Know-How aus einer Hand anbieten konnten.

Auch die deutsche Wasserwirtschaft verfügt über erhebliches Wissen im Betrieb von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen. Daran haben viele Entwicklungsländer großes Interesse, die sich durch zusätzliche deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt sinkende Preise und technologischen Wettbewerb versprechen. Auch aus entwicklungspolitischer Sicht ist ein Engagement der deutschen Wasserversorger wünschenswert, um das deutsche Wissen den Entwicklungsländern verfügbar zu machen und die Kontakte mit Deutschland zu intensivieren. Das BMZ ist mit dem Ziel im Austausch mit Verbänden und Unternehmen, dass deutsche Anbieter in den Partnerländern wettbewerbsfähige Angebote unterbreiten.

Im Rahmen von „PPP“ (**Public Private Partnership – Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft**) arbeitet das BMZ intensiv mit der Privatwirtschaft zusammen. Ziel dieser Zusammenarbeit im Wassersektor ist es, durch Einbeziehung eines Unternehmens zusätzliches Know how und Kapital für den Bau und nachhaltigen Betrieb von Einrichtungen der Wasserver- und Abwasserentsorgung zu mobilisieren. Zu diesem Zweck hat das BMZ, gemeinsam mit den verschiedenen Durchführungsorganisationen, wiederholt Dialogforen mit der deutschen und internationalen Wasserwirtschaft veranstaltet. Dass eine öffentlich-private Zusammenarbeit für beide Seiten Erfolge verspricht, beweisen eine Reihe von unterschiedlichen internationalen Projekten, bei denen im Rahmen einer effizienten und sozial angepassten Regulierung nicht nur mehr Menschen durch private Unternehmen mit sauberem Trinkwasser versorgt wurden, sondern dabei auch Gewinne machten.

Privat-öffentliches Trinkwasser für Elbasan, Albanien: Albanien ist eines der ärmsten Länder Europas. In der Stadt Elbasan investiert der private Versorger Berlinwasser International 10 Millionen DM in die Wasserversorgung. Das BMZ steuert über die Kreditanstalt für Wiederaufbau einen Kredit von 23,54 Mio. DM bei. Damit wird auch armen Bevölkerungsschichten Zugang zu Trinkwasser ermöglicht. Davon profitieren alle; Die Stadt Elbasan erhält eine Wasserversorgung, die sie selbst nicht finanzieren kann, das private Engagement entlastet den Entwicklungshaushalt und das Unternehmen profitiert vom politischen Flankenschutz.

Wasserver- und Abwasserentsorgung in Montenegro: Die Wasserversorgung der Städte an der montenegrinischen Adriaküste ist qualitativ und quantitativ unzureichend. Die Versorgungssituation ist defizitär und die Einleitung ungeklärter Abwässer führt zu einer Verschmutzung der Adriaküste. Die Ursachen für diese Situation liegen in überalterten und schlecht gewarteten Ver- und Entsorgungsanlagen, hohen Wasserverlusten. Die öffentlichen Versorgungsunternehmen werden schlecht und wenig kundenorientiert geführt; die Tarife sind nicht kostendeckend mit der Folge von fehlenden Ersatzinvestitionen und nicht ausreichenden Verbrauchsmitteln.

Das Projekt zielt auch auf eine Verbesserung der Abwassersammlung und -reinigung in der Küstenregion ab. In einem ersten Schritt werden zunächst die bestehenden Wasserversorgungsnetze in den Küstengemeinden repariert werden, so dass die bisher hohen Wasserverluste reduziert werden können. Mittelfristig sollen die Anlagen erneuert und erweitert werden. Zur Durchführung des Vorhabens und zur Sicherung der Gesamtfinanzierung der Investitionen ist die Bildung eines Joint-Ventures in Vorbereitung. Dafür werden sich die bestehenden gemeindeeigenen Ver- und Entsorgungsbetriebe und das öffentliche Unternehmen PEW zu einem neuen, integrierten Unternehmen zusammenschließen. Die Firma AquaMundo GmbH, Mannheim, wurde nach einer internationalen Ausschreibung als Joint-Venture Partner ausgewählt.

Neben dem von der Bundesregierung in Deckung genommenen Finanzkredit der KfW in Höhe von 10 Millionen DM stellt das BMZ über die KfW 4 Millionen DM aus Mitteln des Balkan-Stabilitätspaktes zur Verfügung. Diese Summe soll für Zinsverbilligungen und für Beratungsleistungen bei der Gründung des Joint-Ventures eingesetzt werden. Weitere 5 Millionen DM kommen von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) zur Eigenkapitalbeteiligung am Joint-Venture. Für Sofortmaßnahmen stellt die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) weitere 2 Millionen DM bereit. Die Laufzeit des Programms beträgt rund fünf Jahre.

Von den Maßnahmen in Montenegro werden rund 150.000 Einheimische sowie in den Sommermonaten zusätzlich mehr als 250.000 Touristen profitieren. AquaMundo wird sich substantiell am Eigenkapital des neuen Unternehmens beteiligen und in entscheidender Weise Betriebsverantwortung übernehmen. Eine derartige finanzielle Beteiligung wäre ohne die Begleitung des Prozesses durch die EZ und durch die Bereitstellung von günstigen Finanzierungsinstrumenten nicht zu Stande gekommen.

3.2 Beeinflussung internationaler Ansätze und Konzepte im Wassersektor

Als größter bilateraler Geber im Wasserbereich in Europa kommt dem BMZ eine zentrale Rolle für die Weiterentwicklung sektoraler Grundsätze im Wasserbereich zu. Das Engagement des BMZ in multilateralen Organisationen wie UN und Weltbank, in der EU sowie in Gremien wie der Global Water Partnership orientiert sich dabei an den folgenden Zielen:

- Abstimmung und Koordination der Sektorstrategien mit den Partnerländern mit dem Ziel, die Sektorentwicklung in Partnerländern positiv zu beeinflussen.
- Weiterentwicklung der eigenen Sektorpolitik aufgrund von Evaluierung und Erfahrungsaustausch mit Partnerländern sowie anderen bi- und multilateralen Gebern sowie

- Entwicklung gemeinsamer Strategien für multilaterale Geber und die EU, um die Effizienz und Effektivität der umfangreichen Mittel zu verbessern und Widersprüche zwischen Sektorpolitiken verschiedener Geber in einem Land zu minimieren.

Folgende Veranstaltungen sind in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung:

3.2.1 Internationale Wasserkonferenz in Deutschland, 3.-7. Dezember 2001

Bundesregierung – BMZ und BMU in gemeinsamer Federführung – bereiten die Internationale Wasserkonferenz in Bonn (3.-7. Dezember 2001) vor. Die Konferenz soll der internationalen Gemeinschaft die Gelegenheit bieten, im Rahmen der Vorbereitung des World Summit on Sustainable Development („Rio+10“) die wasserbezogenen Themen der Agenda 21 vorzubereiten.

Ziel der Konferenz in Bonn ist es,

- die Umsetzung der wasserbezogenen Aufgaben der Agenda 21, (insbes. Kapitel 18 Süßwasser) seit 1992 zu analysieren und zu bewerten,
- die bestehenden Defizite zu identifizieren,
- die zukünftigen Prioritäten der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf wasserbezogene Aufgaben zu identifizieren (insbes. vor dem Hintergrund der Millenniumsversammlung der VN, in der im Rahmen der Armutsbekämpfung das gemeinsame Ziel beschlossen wurde, bis 2015 den Anteil der Menschen ohne Zugang zu Wasser zu halbieren).

International Freshwater Conference, Bonn 2001 Water - a Key for Sustainable Development

Under this heading the following sub-themes will be highlighted:

- Innovative Strategies for Water and Sanitation for the Poor: Access and Affordability
- Protecting Eco-Systems and Water Resources: Pollution Prevention
- Balancing Water Uses: Water for Food and Water for Nature
- Transboundary Water Issues: Sharing Benefits, Lessons Learnt
- Floods and Droughts: Coping with Variability and Climate Change

as well as the cross-cutting issues:

- Mobilising Financial Resources
- Governance, Integrated Water Resources Management and New Partnerships
- Institutional Development and Technology Transfer
- Gender

The Aim of the Conference

The International Conference on Freshwater is intended as a preparatory step for the upcoming "2002 Review of the Implementation of the Outcome of UNCED" (Rio +10). It will go beyond a review of past achievements and failures, and aims to deliver strong and future-oriented messages and encourage concrete action.

Finding solutions to the water crisis is a major challenge for the international community. It is a question of survival for humankind and for the earth's ecosystems, and closely related to poverty alleviation and the need to promote human health and food security. The aim of the Conference is to find practical solutions to this challenge: how can freshwater management be improved in practice?

Achieving practical solutions requires the involvement of all relevant actors: Stakeholders - governments, the private sector, civil society, water users Water-use areas - water for people, food, industry, ecosystems

The Conference will focus on implementation. It is intended to make as much use as possible of examples of good practices and to concentrate discussions on the question of "how" to undertake hands-on measures.

Linkages to relevant UN Conventions, i.e. the United Nations Framework Convention on Climate Change, the Convention on Biological Diversity and the Convention to Combat Desertification, will be taken into account.

3.2.2 Konfliktprävention an grenzüberschreitenden Gewässern

Die drohenden Konflikte um knapper werdende Wasserressourcen waren Ausgangspunkt für den Petersberg Round Table, der auf gemeinsame Initiative von BMZ, BMU, AA und Weltbank 1998 in Bonn stattfand. Zentrale Botschaft dieser hochrangigen Konferenz war, dass Wasser als Katalysator für internationale Kooperation und Frieden dienen muss – und auch dienen kann, wie die deutschen Erfahrungen an Rhein, Mosel, Elbe und Oder zeigen. Der internationale Erfolg dieses Round Table war Auslöser für zwei weitere Veranstaltung zum Thema des grenzüberschreitenden Gewässermanagements, die Ende 1998 in Berlin und Mitte 1999 in Vilnius, Litauen stattfanden. In Zusammenarbeit mit der Weltbank wurde im Sommer 2000 ein Roundtable in Berlin veranstaltet, der einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Weltbankstrategie im Wasserbereich leistete. Im März 2001 fand in Rudesheim auf Einladung des BMZ ein Roundtable mit verschiedenen Gebern und internationalen Organisationen statt, um den Informationsaustausch im Bereich der Kooperation an grenzüberschreitenden Gewässern zu intensivieren und Vorstellungen für ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln.

Durch die von der Bundesregierung initiierten Konferenzen zu grenzüberschreitendem Gewässermanagement wurde in vielen Ländern die Hoffnung geweckt, dass Deutschland die politische und fachliche Diskussion um Konfliktprävention und -lösung an internationalen Gewässern fortsetzt. Die Vertrauensbildung zwischen Staaten (z.B. durch Zusammenarbeit in internationalen Gewässerkommissionen) spielt für die betroffenen Anrainerstaaten von internationalen Gewässern eine ebenso wichtige Rolle wie die Durchführung konkreter, gemeinsamer Projekte.

Die EZ wird sich in Zukunft nicht auf die Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten beschränken, wenn Gewässer und die damit verbundenen Probleme wie Wasserknappheit und Verschmutzung oft regionale – das heißt internationale - Probleme sind. Einige gute Ansätze gibt es bereits.

Im Rahmen der **Regionalstudie „Nahe Osten“** hat das BMZ israelische, jordanische und palästinensische Fachteams unterstützt. Als Ergebnis dieser Studie liegen gemeinsame Optionen für die regionale Sicherung von Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung vor. Ziel des mit 4,8 Mio. DM unterstützten Vorhabens ist es, die Probleme in der wasserarmen Situation gemeinschaftlich zu lösen. Im Rahmen der bilateralen EZ berät die GTZ die **„Mekong Fluss Kommission“**. Ziel der Beratung ist die Existenz einer politisch von allen Seiten akzeptierten Institution, die die Wassernutzung am Mekong durch Landwirtschaft, Wasserkraft, Haushalte und Industrie im Sinne aller Anrainer regelt. Ein ähnliches Projekt ist im südlichen Afrika in Zusammenarbeit mit **SADC** für den Fluss Limpopo in der Planung.

Angesichts des hohen Konfliktpotentials sind regionale Kooperationen zu fördern. Ziel ist, den Nutzungsdruck auf die Gewässer zu reduzieren und Maßnahmen in Übereinstimmung mit existierenden Flussgebietskommissionen zu ergreifen. Die deutschen und europäischen Lösungen an Rhein und Donau sind wichtige Erfahrungen, die auch Entwicklungsländern nützen können.

3.2.3 Die Frage der Staudämme: World Commission on Dams (WCD)

Die WCD ist 1997 auf Initiative von Weltbank und IUCN gegründet worden, um einem Konsens zwischen Staudambefürwortern und –gegnern über zukünftige Entscheidungen, Bau und Betrieb von Staudämmen zu kommen.

Der Bericht der WCD ist im November 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Er stellt fest: Dämme leisten einen wichtigen Beitrag zu Strom- und Wasserversorgung in vielen Ländern. Die Entscheidungen über Bau und Betrieb von Dämmen haben jedoch zahlreiche negative Wirkungen auf die betroffenen Menschen und die Natur gehabt. Im Bericht werden Verfahren vorgeschlagen, die in Zukunft zu insgesamt besseren Ergebnissen von Dämmen – hinsichtlich des Outputs und der Vermeidung negativer Wirkungen – führen sollen.

Das BMZ hat die Arbeit der WCD bisher mit rund 2 Mio. DM unterstützt und hat in dem Forum der WCD aktiv mitgearbeitet. Für das BMZ hat die GTZ im Januar d.J. zu einem Dialogforum nach Berlin eingeladen, um die Empfehlungen der WCD zu diskutieren und gemeinsame Schlüsse für die Umsetzung der Empfehlungen zu ziehen. 140 Vertreter von Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Presse und Ressorts sind der Einladung gefolgt. Das Dialogforum brachte einen breiten Konsens im Grundsatz, dass der WCD-Bericht in die richtige Richtung geht:

- Dämme sind Entwicklungsvorhaben; sie müssen einen Entwicklungsnutzen für die Betroffenen aufweisen.
- Gute Regeln reichen nicht aus (davon gibt es genug), erforderlich sind Sicherungen, die eine breite Partizipation und einen fairen Interessenausgleich sicherstellen („compliance“).
- keine Grundsatzentscheidungen gegen Dämme; kein Moratorium. Bedeutung der Wasserkraft für eine nachhaltige Entwicklung muss beachtet werden.

Das BMZ tritt dafür ein, dass die WCD- Empfehlungen berücksichtigt werden:

- in der Politik der Bundesregierung:
 - Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit: DEG, GTZ, und KfW sind aufgefordert worden, die WCD-Empfehlungen in der EZ zu berücksichtigen.
 - Im Bereich der Hermes-Bürgschaften sind mittlerweile die „Leitlinien für die Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten bei der Übernahme von Ausfuhrleistung des Bundes“ („Hermes Leitlinien“) beschlossen worden. Laut diesen Leitlinien ist eine entsprechende Bewertung von Staudammvorhaben vorzunehmen. Für diese Prüfung der ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Aspekte nehmen die Leitlinien explizit Bezug auf die WCD-Empfehlungen.
 - Auf der Grundlage der WCD-Empfehlungen ist die Festlegung gemeinsamer Standards ebenfalls im Rahmen der OECD , für die Exportkreditagenturen erforderlich, damit ein „Dumpingwettbewerb“ zulasten der Umwelt und der Betroffenen vermieden werden kann. Hier ist noch einiges zu tun
 - Das BMZ plant eine Fortsetzung des im Januar begonnen Dialoges in kleinerem Rahmen, um sich mit dt. Industrie und NROs sowie Ressorts auf Schritte und Maßnahmen zur Umsetzung der WCD-Empfehlungen zu verständigen.
- In der Politik der Weltbank und anderer multilateraler Finanzierungsinstitutionen: BMZ drängt gemeinsam mit NROs und anderen Gebern darauf, dass die Empfehlungen der WCD u.a. in der Politik der Weltbank berücksichtigt werden und Eingang in die entsprechenden Richtlinien (z.B. Umsiedlung etc.) finden. Hier ist noch einiges zu tun.
- Im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft: Die WCD wird in Kürze planungsgemäß ihre Arbeit einstellen. Aus ihr geht das „Dams and Development Forum“ hervor, dass die Ergebnisse des Berichtes weiter bekannt machen wird und sich für ihre Berücksichtigung in allen Ländern einsetzt. Ein kleines Sekretariat in Kapstadt, dass an UNEP administrativ angegliedert ist, soll diese Arbeit unterstützen.